

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.

Christian Weisbrich
(CDU)



Martin Börschel (SPD)



Der vorliegende Haushaltsentwurf trägt zur Erfüllung der Schuldenbremse ab 2020 ...

... in keiner Weise bei. 2012 werden die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erzielt. Dennoch will die rot-grüne Minderheitsregierung das Land um weitere 4 Milliarden Euro verschulden, während sich SPD und Grüne der Aufnahme einer wirksamen Schuldenbremse in unsere Landesverfassung verweigern.

... bei. Mit dem Entwurf setzt die Landesregierung klare Zeichen für eine Stärkung der wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben bei gleichzeitigem konsequenten Abbau der Nettoneuverschuldung! Die Verschuldung liegt immerhin um 1,5 Mrd. Euro unter den Plänen der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

Im Haushalt sind die Bemühungen um Einnahmeverbesserungen ...

... pure Augenwischerei. Gemessen an den Bundesdaten sind die Steuereinnahmen deutlich zu hoch angesetzt. Der Länderfinanzausgleich ist um 250 Millionen Euro schön gerechnet, und 170 Millionen Euro veranschlagte Einnahmen aus den kirchlichen Schul- und Studienfonds sind eine reine Luftbuchung.

... insbesondere bei der Grunderwerbsteuer ersichtlich. Mit Mehreinnahmen durch zusätzliche Betriebsprüfer, die auch zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen, rechne ich erst in ein bis zwei Jahren. Dank der robusten Konjunktur entwickeln sich die Steuereinnahmen allgemein sehr gut.

Die Förderung von Familien, Kindern und Bildung ist im Haushaltsentwurf ...

... nicht zielführend. Bundesweit ist die Versorgung mit U3-Betreuungsplätzen nirgendwo schlechter als in NRW. SPD und Grüne werden den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 nicht erfüllen. Die Mittelvergabe ist viel zu bürokratisch. Die Investitionsmittel für den Ausbau kommen nicht an.

... ein wesentlicher Schwerpunkt! Ausbau der Kitas, der U3-Betreuung und des Ganztagsunterrichts, Verbesserung der Betreuungs- und Unterrichtsqualität, Inklusion ... All dies belegt: Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen, sondern optimal fördern!

Die Gesamthöhe der Mittel für die Kommunen bewerte ich als ...

... unzureichend. Die strukturelle und nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Der rot-grüne „Schwächungspakt“ ist nicht zielführend, nicht nachhaltig und damit unfair und sozial ungerecht.

... gewaltigen Kraftakt. Mit 8,4 Mrd. Euro ist das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) so hoch wie noch nie. Auch der Stärkungspakt Stadtfinanzen und die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer sind wichtige Signale an die Kommunen: Wir stehen an eurer Seite! Nun ist endlich der Bund in der Pflicht!

Die neu geregelte Differenzierung der Förderung von Städten und Gemeinden halte ich für ...

... eine erhebliche strukturelle Benachteiligung des kreisangehörigen Raums. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 wurden dem ländlichen Raum 140 Millionen Euro entzogen, mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 weitere 100 Millionen Euro. SPD und Grüne spalten die kommunale Familie.

... gerechter! Die Schlüsselzuweisungen im GFG 2012 bilden die besonderen Belastungen in den einzelnen Kommunen besser ab, als dies zu Zeiten der schwarz-gelben Vorgängerregierung der Fall war.

Diesmal geht es um den Landeshaushalt 2012.

Mehrdad Mostofizadeh
(Grüne)



Angela Freimuth (FDP)



Rüdiger Sagel (Linke)



... ganz wesentlich bei. 750 Millionen Euro werden eingespart und die Neuverschuldung – anders als bei CDU und FDP im Bund – weiter abgesenkt. Trotzdem sparen wir nicht zu Lasten der Zukunft, weil das teure Reparaturkosten bedeuten würde.

... nicht bei. Obwohl SPD und Grüne 2012 die höchsten Steuereinnahmen der Geschichte NRWs erwarten, planen sie, ca. 4 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Der Haushaltsentwurf lässt keine ernsthaften Absichten erkennen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten.

... deswegen nicht bei, weil ein schuldenfreier Haushalt nur durch Steuermehreinnahmen, z.B. über höhere Spitzensteuern oder eine Millionärssteuer ermöglicht wird. Sparpolitik kann das Problem nicht lösen!

... auf Landesebene weitgehend ausgeschöpft. Steuererleichterungen für Besserverdienende haben NRW viele Milliarden Euro gekostet. 49 Prozent Spitzensteuersatz, eine Vermögenssteuer und eine vitale Gewerbesteuer sind notwendige Bausteine, um ein handlungsfähiges Gemeinwesen wieder herzustellen.

... von SPD und Grünen einseitig zu Lasten der Bürger und des Mittelstands angelegt. Statt Impulse für mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und damit höhere Steuereinnahmen zu setzen, dreht Rot-Grün an vielen Stellen an der Steuer-schraube. Die Folge werden letztlich geringere Einnahmen sein.

... nicht wirklich erkennbar. Dazu müssten u.a. mehr Steuerprüfer eingestellt – sofort mindestens 500! – und Ausbildungsplätze für Steuerprüfer geschaffen werden. In NRW geht die Schere zwischen Arm und Reich ansonsten immer weiter auseinander.

... wieder ein wichtiger Schwerpunkt. Wir investieren in kleinere Klassen, Ganztagsbetreuung und Inklusion und setzen unsere Zusagen für Gebührenfreiheit in Kita und Hochschule weiter um. U3-Betreuungsplätze werden ausgebaut und Hochschulen auf den Doppeljahrgang 2013 vorbereitet.

... nicht effektiv umgesetzt, da kostspielige Wahlversprechen finanziert werden. Die Abschaffung der Studienbeiträge, das beitragsfreie dritte Kitajahr und die Kompensation durch neue Schulden führen zu Verschlechterungen bei der Qualität von Betreuung und Lehre und belasten alle Steuerzahler durch höhere Zinsen.

... bei weitem nicht ausreichend. Kinderbetreuung muss kostenfrei sein, es müssen ausreichend Kita-Plätze für alle Kinder zur Verfügung gestellt und die Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden.

... Beleg für den von Rot-Grün eingeleiteten Paradigmenwechsel zugunsten der Kommunen. 8,4 Mrd. Euro bedeuten das höchste GFG überhaupt. Mit weiteren 415 Mio. Euro Stärkungspaktmitteln übernimmt das Land umfassend Verantwortung für notleidende Kommunen. Jetzt wären CDU und FDP im Bund am Zug.

... Kraftakt für den Landeshaushalt. Den Kommunen wird 2012 der größte Steuerverbund aller Zeiten zur Verfügung stehen. Dazu kommen die Mittel für den Stärkungspakt Stadtfinanzen, mit denen besonders hoch verschuldeten Kommunen geholfen und gleichzeitig ein Anreiz für mehr Sparsamkeit gesetzt wird.

... bei weitem nicht ausreichend. Wenn Schwimmbäder und Büchereien geschlossen werden und Sozialeinrichtungen wegen Unterfinanzierung die Menschen nicht mehr unterstützen können, zeigt das, wie katastrophal die Situation mittlerweile ist.

... eine wichtige Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Die Soziallasten werden angemessen abgebildet. Mit dem jetzt eingeführten Flächenansatz, dem neuen Demographiefaktor und einem an Halbtags- und Ganztagschülern und -schülerinnen orientierten Schüleransatz ist unser GFG modern aufgestellt.

... problematisch, weil hierdurch erhebliche Umverteilungen zu Lasten von Städten und Gemeinden insbesondere in ländlichen Gebieten hervorgerufen werden.

... abwegig. In NRW sind mittlerweile alle Kommunen chronisch unterfinanziert und müssen sich immer mehr verschulden. Dies führt zu massiven sozialen Problemen und zu zunehmender Perspektivlosigkeit gerade bei jungen Menschen. DIE LINKE will daher auch 2012 mehr soziale Gerechtigkeit!